Gemeinde Remchingen

Pressemitteilung

25. März 2025

Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac). Dass sich die Bürgermeisterin wegen Befangenheit vom Tisch des Technik- und Umweltausschusses setzt, gibt es ebenso selten zu sehen wie ein hölzernes Modell eines privaten Wohnbauprojekts. Am Donnerstagabend stand der geplante Hausbau von Bürgermeisterin Julia Wieland und ihrem Partner Jonas Bentz auf der Tagesordnung. Unter Leitung von Bürgermeister-Stellvertreter Kurt Ebel (CDU) stimmte der Ausschuss dem Projekt am Nöttinger Brunnhäldenweg gegenüber der Demenz-WG einstimmig zu. Den Plänen zufolge möchte das junge Paar einen dreigeschossigen Bau mit zwei Kinderzimmern und einer Einliegerwohnung im Dachgeschoss samt Terrasse auf der bestehenden Garage errichten. Anschaulich machte dies ein handgefertigtes Modell des Vaters von Bentz. Das junge Paar möchte beim Bau selbst viel Hand anlegen und plant etwa Ende 2026 die Fertigstellung. „Wir freuen uns sehr auf das Projekt und hoffen, dass uns die Familie auch auf der Baustelle tatkräftig unterstützt“, verdeutlichte Bentz, der als Software-Ingenieur im Rhein-Neckar-Kreis arbeitet, wo die beiden aktuell auch wohnen.

Windkraft beschäftigt die Bürger

Gleich zwei Bürgerfragen bezogen sich auf die Windkraft-Pläne in Remchingen. Reinhard Knaus äußerte sich vor allem besorgt um die Gesundheit der Remchinger, sollten die Windräder im Buchwald kommen. Bürgermeisterin Wieland erklärte, dass die Gemeinde auf das Projekt keinen Einfluss nehmen könne, da der Wald keine gemeindeeigene Fläche sei. Was die Pläne im Ranntal betrifft, soll im Sommer eine Bürgerbeteiligung stattfinden. Ein eigens dafür eingerichteter Begleitkreis unterstützt die Gemeinde dabei, eine verständliche und nachvollziehbare Fragestellung zu entwickeln und als Multiplikatoren mitzuwirken. Neben Vertreterinnen und Vertretern aus dem Gemeinderat sind Mitglieder der größten Vereine und weitere Akteure dabei.

Rat von den Ergebnissen der Verkehrsschau 2025 enttäuscht

Anfang Februar hat die jährliche Verkehrsschau in Remchingen stattgefunden. Mit dabei waren neben dem Ordnungs- und Bauamt auch das Straßenverkehrsamt des Enzkreises, das Amt für Nachhaltige Mobilität sowie die Polizei. Gemeinsam wurden verkehrsrechtliche Fragen geklärt und Hinweise aus der Bürgerschaft, dem Gemeinderat und der Teilnehmer besprochen. Dabei wurden mehrere Anliegen in allen Ortsteilen betrachtet. Themen waren beispielsweise der LKW-Verkehr in Singen, eine mögliche Geschwindigkeitsbegrenzung auf Höhe der Bushaltestelle „Am Eisengraben“ in Darmsbach, die Parksituation in der Ellmendinger Straße in Nöttingen oder auch ein möglicher Fußgängerüberweg bei der Wilferdinger Reithalle. Viele der angebrachten Vorschläge wurden abgelehnt. Darüber zeigte sich der Gemeinderat enttäuscht. Martin Rothweiler (FWV) sagte etwa: „Es ist praktisch kein Punkt angenommen worden.“ CDU-Gemeinderat Felix Casper kritisierte, dass auf der Ortsteilverbindungsstraße an der Bushaltestelle keine weiteren Maßnahmen ergriffen werden sollen. Hier ereignete sich letztes Jahr ein Unfall, der auf individuelles Fehlverhalten zurückzuführen sei, nicht auf Besonderheiten der Straßenführung. Das vorhandene Tempolimit von 70 km/h sei ausreichend. Casper regte an, die Sicherheit an der Stelle zumindest durch mehr Beleuchtung zu erhöhen. Obwohl viele Vorschläge nicht angenommen wurden, habe Bürgermeisterin Wieland nicht das Gefühl, dass das Landratsamt nichts verändern wolle. Sie habe den Eindruck gehabt, man habe die Anliegen ernst genommen, aber nach der rechtlichen Lage nicht viel umsetzen können.

Nöttinger müssen sich für Entlastung der Ortsdurchfahrt weiter gedulden

Weiter gedulden müssen sich die Nöttinger, nachdem weder Tempo 30 auf der Ortsdurchfahrt noch die im Herbst 2022 eröffnete Ortsteilverbindungsstraße die erhoffte Entlastung des Ortskerns insbesondere vom Schwerlastverkehr mit sich brachten. Zwar stimmten am Donnerstagabend alle Gemeinderäte für den Antrag aller Fraktionen, dass die Gemeindeverwaltung Schilder für ein Durchfahrtsverbot für den Schwerlastverkehr anbringen solle – das heiße aber nicht gleich, dass die Verwaltung dies dürfe und umsetzen werde, betonte die Bürgermeisterin: „Das Durchfahrtsverbot ist eine Entscheidung, die nicht alleine bei uns liegt.“ Wie berichtet, liegt das Dilemma darin, dass die Karlsbader Straße eine Landesstraße ist, während die neue Trasse um den Ort herum der Gemeinde gehört. Nach Ablauf einer Zehnjahresfrist, also Ende 2032, strebe die Gemeinde eine Umwidmung an. Über ein vorheriges Durchfahrtsverbot, das die Gemeinde schon vor zwei Jahren beantragt hatte, hat aktuell also der Kreis zu entscheiden. Schon im Februar machte Oliver Müller, Leiter des Straßenverkehrs- und Ordnungsamtes im Enzkreis, auf Nachfrage wenig Hoffnung auf eine ganz schnelle Lösung, da die Straße dem Gemeingebrauch gewidmet sei und eine Erschließungs- und Verbindungsfunktion habe: „Wenn Durchfahrtsverbote ohne Weiteres angeordnet

werden dürften, gäbe es sicherlich zahlreiche LKW-Durchfahrtsverbote, denn Schwerverkehr wird in vielen Orten als belastend empfunden“, erklärte Müller im Februar, als drei Dutzend Anwohner mitten auf der Straße protestierten. Im Rahmen eines städtebaulichen Konzepts könne es jedoch möglicherweise auch schon vor 2032 eine Lösung geben.

Immerhin scheint vor Ort kurzfristig eine anderweitige Entlastung in Sicht. Demnächst stehe die aufwändige Sanierung der Friedhofsmauer an, was eine abschnittsweise, einseitige Straßensperrung mit Ampelschaltung mit sich führe, berichteten Kurt Ebel (CDU) und Andreas Beier (SPD) von der jüngsten Kreistagssitzung. „Wir hoffen, dass die Ortsdurchfahrt in der Zeit so unattraktiv wird, dass viele außen herum fahren“, erklärte Wieland am Donnerstag, während Beier beim Gedanken, zwei Verbotsschilder aufzustellen, nicht locker ließ. Auch Anwohner Klaus Melcher hatte sich in der Bürgerfragerunde zu Wort gemeldet: „Wurde die Straße, an der man 20 Jahre plante, nur gebaut, um ein Neubaugebiet zu erschließen – oder will man wirklich den Ortskern entlasten und neu beleben?“, kritisierte er, dass sich kaum etwas verändert habe. „Wenn es so weiter geht, bekommt das Land in acht Jahren eine neue nicht genutzte Straße und die Gemeinde Schrott.“ Wieland, die erst nach der Fertigstellung der Trasse ins Amt kam, wehrte sich gegen die Annahme, die Gemeinde habe die Straße nur gebaut, um Geld rauszuschmeißen und verwies darauf, dass es für die Umwidmung noch acht Jahre auszuhalten gelte: „Das ist Fakt. Wir haben an die höchsten Türen geklopft, aber auch die können nichts ändern, weil es das Gesetz so vorgibt.“

Antrag aus dem Rat: Vereine zahlen nichts für Kulturhallenmiete

Die Miet- und Veranstaltungsbedingungen sowie die Gebührenordnung der Kulturhalle wurden in Zusammenarbeit mit Vertretern der Fraktionen überarbeitet. Mit den Anpassungen wird sichergestellt, dass die Kulturhalle konkurrenzfähig bleibt und ihre Wirtschaftlichkeit erhöht. Eine flexiblere Preisgestaltung bei Zusatzleistungen wie Technik, Personal oder Catering sorgt für eine gerechtere Kostenstruktur, da Nutzer das bezahlen, was sie auch in Anspruch nehmen. Außerdem wurde die Grundmiete an die Preise vergleichbarer Hallen in der Region angepasst.

Zunächst war vorgesehen, dass Remchinger Vereine, Parteien und Kirche Rabatte erhalten. Auf Antrag der SPD und der Freien Wähler hat der Rat nun allerdings beschlossen, Remchinger Vereine ganz von der Hallenmiete zu befreien und ihnen 50 Prozent Rabatt auf das Licht- und Tonpaket zu geben. Gemeinderat Alexander Schwenk (FWV) sprach sich dafür aus, die Vereine nicht noch mehr finanziell zu belasten. Das gefährde die Durchführung solcher Veranstaltungen. Während Hans Zachmann (CDU) auf das hohe jährliche Defizit der Kulturhalle hinwies, bezweifelte Klaus Fingerhut (Grüne), dass die Veranstaltungen der

Vereine dazu einen großen Teil beitrage. Jeannine Pfrommer, Leiterin der Kulturhalle, merkte an: „Man muss sich entscheiden, worauf man den Schwerpunkt legen möchte. Will man eine Kulturhalle oder eine Festhalle für Vereine?“. Diese Entscheidung spiegele dann die Gebührenordnung wider. Man könne sich gerne noch einmal zusammensetzen und die Gebührenordnung überarbeiten.

Ladenschluss für verkaufsoffenen Sonntag zugestimmt

Am 6. April findet das Frühlingsfest des Bunds der Selbstständigen mit verkaufsoffenem Sonntag statt. Festbeginn soll um 11.30 Uhr sein. Zwischen 13 und 18 Uhr ist der Einzelhandel für den Verkauf geöffnet. Auf der Tagesordnung standen am Donnerstag auch zwei Vergaben für die Sanierung der Turn- und Schwimmhalle: Die Malerarbeiten soll die Firma Hürttle Anstrichtechnik GmbH auf Korntal-Münchingen für 73.500 Euro übernehmen. Mit den Baureinigungsarbeiten wird die Firma 3D Dienstleistungen GmbH auf Waiblingen für 9.000 Euro beauftragt.

Aus dem Rat kam die Frage zum Stand der Installation der Ladesäulen in Singen. Hauptamtsleiterin Diana Wirth informierte, dass die Ausführung vergeben und Anträge gestellt seien. Man warte nun auf die Rückmeldung. Zudem kam die Frage auf, ob auf dem Spielplatz in der Reiher-/Adlerstraße nach dem Brand im letzten Jahr ein neues Spielgerät installiert werden soll. Bürgermeisterin Wieland erklärte, dass der Spielplatz inklusiv gestaltet werden soll. Erste Gespräche mit fachkundigen Kolleginnen aus dem Landratsamt haben bereits stattgefunden. Zudem soll es eine Kinderbeteiligung geben. Bis sichtbar etwas passiert, dauert es demnach noch einige Zeit.

Julian Zachmann, Alina Di Sannio